

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Andreas Pinkwart, Carl-Ludwig Thiele, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Fünfte Stufe der Öko-Steuern zurücknehmen

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Preise für Kraftstoff sind derzeit auf Rekordhöhe. Ursache sind nicht nur die kritische Lage im Irak und die Weltkonjunktur. Auch die Steuererhöhungen durch die so genannte ökologische Steuerreform tragen mit dazu bei, dass die Preise für Kraftstoffe und Energie steigen. Der Mineralölsteueranteil beträgt pro Liter Super-Benzin heute 64 Cent. Durch die ökologische Steuerreform wurde dieser Anteil um insgesamt 15 Cent erhöht, zuletzt zum 1. Januar um 3 Cent.

Viele Bürger und Unternehmen können den höheren Kraftstoffpreisen nicht ausweichen. Berufspendler sind auf das Auto angewiesen, Familien mit Kindern müssen mobil sein. Für das Transportgewerbe ist die Höhe der Kraftstoffpreise von existenzieller Bedeutung. Das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel ist für viele Bürger gerade im ländlichen Raum nicht möglich. Zudem ist es widersinnig, dass auch der ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) mit Ökosteuern belastet wird.

Die Besteuerung von Erdgas und Strom aus regenerativen Energien bei gleichzeitiger Steuerfreistellung und zusätzlicher Subventionierung der Kohle zeigt, dass es nicht um die Erzielung positiver Umwelteffekte durch die ökologische Steuerreform geht. Die Ökosteuer ist rein fiskalisch motiviert.

Von den Entlastungen durch die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge profitieren außerdem große Gruppen der Bevölkerung nicht. Dazu gehören Freiberufler und Landwirte, Rentner, Studenten, Arbeitslose, Beamte oder Sozialhilfeempfänger. Sie müssen die Mehrbelastungen ungeschmälert tragen. Diese unterschiedliche Belastung ist ungerecht.

Durch Steuer- und Abgabenerhöhungen mit Wirkung vom 1. Januar 2003 werden Bürger und Unternehmer in Höhe von mehr als 25 Mrd. Euro belastet. Angesichts der sich auf Rekordhöhe befindenden Preise für Benzin- und Dieselmotorkraftstoff ist es angemessen und notwendig, die letzte Stufe der so genannten

ökologischen Steuerreform zurückzunehmen, die für die Betroffenen rund 3,5 Mrd. Euro Belastung bedeutet.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,
die fünfte Anhebung der Ökosteuern zum 1. Januar 2003 zurückzunehmen.

Berlin, den 11. März 2003

Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Andreas Pinkwart
Carl-Ludwig Thiele
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion